



SACHSEN-ANHALT

2. Vergabekammer  
beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

**Kostenfestsetzungsbeschluss**

Az.: VK 2 – LVwA 26/04

In dem Nachprüfungsverfahren der

xxx

- Antragstellerin -

Verfahrensbevollmächtigte:

xxx

gegen die

xxx - Vergabestelle -

Verfahrensbevollmächtigte:

xxx

wegen der Vergabe von Reinigungsleistungen für 89 Schulen der Stadt ...  
hat die 2. Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt durch den  
Vorsitzenden Oberregierungsrat Oanea, die hauptamtliche Beisitzerin Wendler und  
den ehrenamtlichen Beisitzer Ebert am 18.11.2004 beschlossen:

1. Die der Vergabestelle von der Antragstellerin zu erstattenden Aufwendungen  
werden auf

€...

festgesetzt.

2. Für diesen Beschluss werden keine Kosten erhoben.

### **Gründe:**

Nach dem bestandskräftigen Beschluss der 2. Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt vom 01.09.2004 hat die Antragstellerin die zur zweckentsprechenden Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen der Vergabestelle zu erstatten (Seite 2 des Beschlusses).

Ausgangspunkt für die Berechnung des Streitwertes bildet das Angebot der Antragstellerin in Höhe von €... für den Leistungszeitraum von drei Jahren.

Nach § 12a Abs. 2 Gerichtskostengesetz (GKG) wurde vom Streitwert ein Anteil in Höhe von 5 % zum Ansatz gebracht.

Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit, der Schwierigkeit und des Umfangs der Tätigkeit des Verfahrensbevollmächtigten der Vergabestelle ist die von ihr beantragte Geschäftsgebühr in Höhe von 2,0 gerechtfertigt (§§ 1,2,13,14 des Gesetzes über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – RVG - in Verbindung mit Nr. 2400 des Vergütungsverzeichnisses der Anlage 1 zu diesem Gesetz – VV RVG - ). Hierbei ist auch von Bedeutung, dass er an der mündlichen Verhandlung mitgewirkt sowie umfassende Schriftsätze verfasst hatte.

Weiterhin ist eine Pauschale für Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen gemäß Nr. 7002 VV RVG in Höhe von € 20,-- entstanden.

### Berechnung:

Streitwert: 5 % von € ... = € ...

2,0 Geschäftsgebühr, §§ 2, 13, 14 RVG i.V.m. Nr. 2400 VV RVG	€	...
Pauschale für Entgelte für Post- und Tele- kommunikationsdienstleistungen, Nr. 7002 VV RVG	€	20,00
Zwischensumme	€	...
Umsatzsteuer (MWST), Nr. 7008 VV RVG (16 %)	€	...
Gesamtbetrag	€	...

Soweit der Verfahrensbevollmächtigte der Vergabestelle beantragt, ihm eine vollstreckbare Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses zu erteilen, ist dies abzulehnen.

Nach § 1 Abs. 1 Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt können nur Leistungsbescheide der Behörden des Landes, der Gemeinden, der Landkreise und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts vollstreckt werden. Auch nach § 1 Abs. 1 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes des Bundes können nur öffentlich-rechtliche Geldforderungen vollstreckt werden. Der von der Vergabekammer zugunsten eines Dritten erlassene Kostenfestsetzungsbeschluss ist demzufolge nach diesen Vorschriften nicht vollstreckbar. Voraussetzung für die Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen ist zudem kein Vollstreckungsvermerk, sondern ein Vollstreckungsauftrag an den Vollstreckungsbeamten.

Im Übrigen ist die Kostenfestsetzung nach § 80 Verwaltungsverfahrensgesetz kein Vollstreckungstitel nach der Zivilprozeßordnung (ZPO). Bei dem in § 794 Abs. 1 Nr. 2

ZPO angeführten Kostenfestsetzungsbeschluss handelt es sich um eine Kostenentscheidung im Sinne des § 104 Abs. 1 ZPO.

Nach § 724 Abs. 2 ZPO wird der Vollstreckungsvermerk durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts, bei dem der Rechtsstreit anhängig war, gefertigt. Die Vergabekammer gehört jedoch dem Verwaltungs- und nicht dem Gerichtsbereich an. Folglich gibt es bei der Vergabekammer auch keinen Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, der Vollstreckungsvermerke erteilen könnte. (vgl. Beschluss der Vergabekammer bei der Bezirksregierung Münster vom 10.11.2000, Az: VK 1/99, Beschluss des OLG Düsseldorf vom 05.02.2001 Az: Verg 26/00 S.15).

Der ehrenamtliche Beisitzer, Herr Ebert, hat den Vorsitzenden und die hauptamtliche Beisitzerin der Vergabekammer ermächtigt, diesen Beschluss allein zu unterzeichnen. Ihm lag dieser Beschluss hierzu vor.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann das Oberlandesgericht Naumburg, Domplatz 10, 06118 Naumburg, innerhalb einer Frist von zwei Wochen, die mit der Zustellung dieser Entscheidung beginnt, schriftlich angerufen werden.

Die sofortige Beschwerde ist zugleich mit ihrer Einlegung zu begründen.

Die Beschwerde muss die Erklärung, inwieweit die Entscheidung der Vergabekammer angefochten und eine abweichende Entscheidung beantragt wird, sowie die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift muss durch einen bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Dies gilt nicht für Beschwerden von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.